

Inhalt:

| | |
|--|-----------|
| Aktuelle Entwicklungen aus Brasilien | 2 |
| Stiftung Getulio Vargas diskutiert Zukunftsfragen in Zeiten politischer Turbulenzen | |
| Angst vor neuen Dammbürchen im Südwesten – Zunahme von Binnenmigration wegen mangelnder Sorgfaltspflicht von Bergbauunternehmen und Staat | |
| Amazonasbrände und der Kampf gegen Entwaldung | 3 |
| Brasilien und das Mercosur-Abkommen | 4 |
| Analyse des MST zur Beurteilung der politischen Lage und Agrarsituation bleibt ohne Selbstkritik | 5 |
| Schwerpunktthema: | 6 |
| Leuchtturm Chile - Politische Protestwelle in Lateinamerika mit Auswirkungen auf Brasilien? | |
| Aktivitäten und Kampagnen in Deutschland und Europa | 10 |

Aktuelle Entwicklungen aus Brasilien

Stiftung Getulio Vargas diskutiert Zukunftsfragen in Zeiten politischer Turbulenzen

Im Dezember des Vorjahres lud die Stiftung Getulio Vargas Vertreter*innen von Think Tanks aus 55 Ländern nach Brasilien ein: "Managing Global Turbulence and Transitions: the role of think tanks". Diskutiert wurden Zukunftsfragen wie: eine transformatorische Weltordnung, globale Protestbewegungen, demokratische Krisen, Risiken und Versprechen künstlicher Intelligenz, Klimawandel, Ernährungssicherheit, Handelskrieg. Einige sind sich die Think Tanks in der Förderung von Diversität und Innovation. Die internationale Konferenz verstand sich als Raum für Zukunftsfragen in Zeiten von Unsicherheit und Instabilität. Ausgelotet wurden Kooperationsmöglichkeiten und Partnerschaftsprojekte. Eine Dokumentation der Ergebnisse ist noch nicht erschienen.

Angst vor neuen Damnbrüchen im Südwesten – Zunahme von Binnenmigration wegen mangelnder Sorgfaltspflicht von Bergbauunternehmen und Staat

Nach Aussagen des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik DIE¹ trifft das Zukunftsszenario klimabedingter Flucht und Migration in erster Linie arme Bevölkerungsgruppen, die oftmals kaum in der Lage sind, sich vor Ort an die schwerwiegenden Veränderungen anzupassen. Migration ist deshalb nicht selten die Folge. Lateinamerika spielt in der globalen Wahrnehmung in Bezug auf Klimaflüchtlinge bisher eine untergeordnete Rolle. Das DIE kommt zu dem Schluss, dass Lateinamerika und die Karibik zu den Regionen der Welt gehören, die am schlimmsten von den negativen Folgen des globalen Klima- und Umweltwandels betroffen sind. Zu den eher schleichenden Folgen zählen nicht nur der Verlust von Wäldern, sondern auch das Schmelzen der Anden-Gletscher, Veränderungen der Regenmengen und -art in ganz Lateinamerika, die Gefahr von Wüstenbildung in weiten Teilen Brasiliens oder Chiles sowie der Anstieg des Meeresspiegels. Letzterer bedroht auch Millionenstädte wie Rio de Janeiro oder Buenos Aires. Hinzu kommen plötzlich einsetzende Naturkatastrophen, die häufiger oder intensiver als früher auftreten: Flutereignisse und Wirbelstürme, die vor allem die Karibik und Teile Mittelamerikas treffen. Sie führen nicht nur zu einer Bedrohung für Menschenleben, sondern auch zu Beeinträchtigungen der landwirtschaftlichen Produktion oder der Wasserversorgung. Ende Januar kam es im Bundesstaat Minas Gerais nach intensiven Starkregenfällen (172 Liter pro Quadratmeter in 24 Stunden) zu Toten und mehrfachen Evakuierungen. Ein Jahr nach dem Dambruch von Brumadinho mit über 270 Opfern drohen rund um Belo Horizonte neue Damnbrüche. Die Bevölkerung lebt in ständiger Angst, dass es zu einer Wiederholung kommen könne. Adveniat² bemängelt die unzureichenden staatlichen Sicherheitsauflagen gegenüber Bergbauunternehmen sowie mangelnde langfristige Vorsorge.

Nach Angaben des Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) war die Anzahl der Menschen, die im Jahr 2018 in Lateinamerika zumindest vorübergehend ihre Heimat in Folge von Naturkatastrophen verlassen mussten, mit 1,7 Millionen Menschen³ etwa vier Mal so hoch wie die

¹ <https://www.die-gdi.de/die-aktuelle-kolumne/article/warum-wir-mehr-ueber-klimamigration-in-lateinamerika-reden-muessen/>

² <https://www.adveniat.de/informieren/aktuelles/ueberschwemmungen-brasilien/>

³ <http://www.internal-displacement.org/global-report/grid2018/>

Zahl der Menschen, die in der Region vor bewaffneten Konflikten auf der Flucht sind. Aber auch bei anderen Formen menschlicher Mobilität wie etwa der Arbeitsmigration spielen die Folgen von Klima- und Umweltwandel eine immer größere Rolle– wobei sich die Migration in den allermeisten Fällen innerhalb der betroffenen Länder oder Regionen abspielt. In Brasilien mussten laut IDMC in den letzten 20 Jahren 71.000 Menschen auf Grund von veränderten Umweltbedingungen ihre Heimat verlassen und an einen anderen Ort migrieren. Die Politik reagiert auf die Ausweitung des Problems bisher nur mit vagen Absichtserklärungen, obwohl eine Verschärfung die Zunahme von sozialer Ungleichheit zwangsläufig zur Folge hätte.

Laut Angaben der UNO von Anfang 2020 gehört Brasilien zu den 15 Ländern, deren Bevölkerung am stärksten von Hochwasserrisiken an Flüssen betroffen ist. Das Risiko steigt für das flussreiche Land auf Grund von klimabedingten Umweltveränderungen. Der Dokumentation *Desastres Naturais na América Latina e Caribe* analysiert die Entwicklung seit 20 Jahren und belegt 70 Umweltkatastrophen, die für fast 70 Millionen Menschen zur Bedrohung wurden. Laut den UN-Angaben sind 0,9% der 190,7 Millionen Einwohner*innen des Landes von Überschwemmungen bedroht.

Amazonasbrände und der Kampf gegen Entwaldung

Im August und September des Vorjahr 2019 war es zu einem dramatischen Anstieg der illegalen Entwaldung Brasiliens gekommen. Bilder von Waldbränden spiegelten in bedrohlichem Ausmaß die Folgen einer Regierungspolitik wider, die sich gegen den Schutz indigener Völker und Gemeinschaften stellt und die staatliche Hoheit in Form von Institutionen des Umwelt- und Waldschutzes abbaut. Nach Angaben von Leticia Tura von der Umweltorganisation FASE⁴ ergab die Auswertungen von Daten des Fernerkundungsinstituts INPE, dass bereits von Januar bis August 2019 die Anzahl der Gefährdungshotspots (illegale Entwaldung und Brände) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 75% gestiegen war – mit extremer Zunahme im Juli/August. Die zunehmende Walddegradation (Öffnung der Vegetationsdecke, Verschlechterung des Waldzustands) erhöht zudem die Waldbrandgefahr und die Zunahme von Brandstiftung. So belegen Fernerkundungsdaten des INPE, dass bereits vor Einsetzen der Trockenzeit, also Anfang August, die Anzahl der Brände um 111% angestiegen war. Daten zum Waldzustand nach Auswertung der Satellitendaten des PRODES-Programms (Ende 2019) bestätigen die negativen Prognosen für Amazonien: zwischen August 2018 und Juli 2019 wurden 29,5% neue Entwaldungsflächen festgestellt. 40% dieses Anstiegs fällt in den Bundesstaat Pará. Indigene Völker, traditionelle Gemeinschaften und kleinbäuerliche Strukturen übernehmen bisher die Aufgabe, als Entwaldungsbarrieren gegen illegale Abholzung einzustehen. Indigene, traditionelle Gemeinschaften und (Wald-)Bauern riskieren dabei oft ihr Leben. Der Staat unterstützt sie derzeit mangelhaft und hat die Strafverfolgung illegaler Entwalder und die dafür zuständigen Behörden geschwächt. Obwohl die Regierung Bolsonaro die Rechte dieser Gruppen einzuschränken versucht, sind sie immer noch wirksam und widerstandsfähig. Die Landpastorale CPT weist zusammen mit dem Indigenenmissionsrat CIMI nach, dass die Zahl der Landkonflikte durch die Ausweitung des Agrarindustriegürtels seit 2015 stark zugenommen hat. 2018 waren 960.000 Menschen Gewalt wegen unklarer Landrechte ausgesetzt – einem Anstieg von über 35%. Die Hälfte der gewaltvollen Auseinandersetzungen fand in Amazonien statt, wo 92% der Konfliktgebiete liegen.

⁴ <https://br.boell.org/pt-br/2019/12/06/amazonia-retrocessos-e-queimadas>

Brasilien und das Mercosur-Abkommen

Das Handelsabkommen der EU mit Argentinien, Uruguay, Paraguay und Brasilien stand zur Jahresmitte auf der Kippe. Bilder der ausufernden Brände in Amazonien und ein Präsident, der internationale Hilfe als Einmischung in seine Souveränität ablehnte, gingen weltweit durch die Medien. Die EU machte Druck, weil Bolsonaro klimapolitisch nicht in ihrem Sinne handelte. Dieser drohte ebenfalls aus dem Abkommen auszusteigen. Inzwischen ist er von dieser Haltung wieder abgerückt. Kritiker*innen in Europa und Brasilien sehen eine der Brandursachen im sich anbahnenden neuen Mercosur-Abkommen. Landnutzungsänderungen in Verbindung mit illegaler Landnahme und laxen Sanktionen gegen die Verursacher von Entwaldung müssen in engem Zusammenhang mit der propagierten Ausweitung der Rinder- und Sojamassenproduktion gesehen werden.

Das Abkommen war von Bolsonaro und dem damaligen argentinischen Präsidenten Macri favorisiert worden. In Argentinien hat jedoch mittlerweile ein Regierungswechsel stattgefunden – hin zu einem peronistischen Alberto Fernández, der den neoliberalen Wirtschaftskurs seines Vorgängers nicht mittragen dürfte. Dies brachte Turbulenzen mit sich. Wirtschaftsminister Guedes kündigte an, aus dem Mercosurabkommen auszusteigen, sollte der argentinische Präsident zusammen mit Christina Kirchner den Markt blockieren wollen. Guedes will die Marköffnung seines Landes um das Land aus der Rezession zu führen und ist daher einer der großen Befürworter des Handelsabkommens. Wirtschaftliches Vorbild ist für ihn Chile, das in den zurückliegenden Jahren viele Prozesse bereits durchlaufen hat, die Guedes für Brasilien noch vor sich hat (Privatisierung von Staatsbetrieben, Senkung der Sozialausgaben) Protektionistische Haltungen seien nicht im Interesse Brasiliens. Argentinische Einschätzungen sehen den Machtblock rund um das brasilianische Militär als Befürworter des neuen Mercosur, weil der Handelsvertrag zur geostrategischen Einigung einer Region beitrüge. Diese Einigung ist für länderübergreifende Infrastrukturprojekte wie Wasserkraftwerke, Eisenbahnlinien und Häfen wie sie das Programm für Private Investoren PPI vorsieht wichtig. Das militärische Interesse an dem Handelsvertrag läge nicht im wirtschaftlichen Bereich, sondern in der Stabilisierung einer Region.

Als problematisch wird das Zukunftsszenario eingeschätzt, nach dem eines der vier lateinamerikanischen Länder das Abkommen aus nationalen Interessen nicht unterzeichnen könnte. Dies würde eine Schwächung des Nicht-Unterzeichners bedeuten.

Die EU sieht umgekehrt in Lateinamerika einen Markt mit 260 Millionen Menschen, die als Abnehmer für europäische Waren der Automobilindustrie und Landwirtschaftsindustrie (Milch, Käse) locken. Nach Angaben von EU-Diplomaten sei das Ziel, die Globalisierung gerechter zu gestalten. Kritiker*innen aus der Landwirtschaft und der Zivilgesellschaft bezweifeln dies und lehnen das Abkommen ab, gerade weil es über Handelsvereinbarungen Produktionsweisen protegert, die weder nachhaltig noch sozialverträglich sind.

Analyse des MST zur Beurteilung der politischen Lage und Agrarsituation bleibt ohne Selbstkritik

Zum Jahresbeginn 2020 legt der MST eine Analyse⁵ des ersten Regierungsjahrs von Bolsonaro vor, in der neben allgemeinen politischen Tendenzen die Agrarsituation besonders im Fokus steht. João P. Stedile, Valter Pomar u.a. analysieren Zusammenhänge zwischen neuer Agrarpolitik und Agrarreform, die Expansion von Agrar- und Bergbauunternehmen in Amazonien in Zusammenhang mit der Landfrage, den Einsatz und die Zulassung neuer Agrargifte, die steigende Macht evangelikaler und neupfingstkirchlicher Kräfte im Staat sowie eine Beurteilung der politischen Lage in Haiti.

Die MST-Analyse warnt vor einer Unterschätzung des Gegners und der kurzsichtigen Haltung, man könne bis zur kommenden Wahl 2022 abwarten und den „Fehler Bolsonaro“ dann einfach korrigieren. Dies gelte auch für Lula-Unterstützer*innen nach der vorübergehenden Freilassung des Ex-Präsidenten. Die Leitplanken der aktuellen rechten Regierung lauten: Marktöffnung für nationale Rohstoffe und Ressourcen, Rückzug des Staates, Zunahme hegemonialer Mitbestimmung durch z.B. USA, seit den 90er Jahren Erstarren neuer Pfingstkirchen (Ursprung ebenfalls USA) → Religiöser Fundamentalismus mit eigenem Macht- und Wertekanon. Emanzipatorische Ansätze wie die Befreiungstheologie, die kontextualisierte Pädagogik, die kritische Pädagogik mit ihrem Aufarbeitungs- und Erinnerungsansatz sowie die Befreiungsphilosophie usw. werden von den neuen Machthabenden abgelehnt. Dies geschieht in einem ideologischen Kampf, der gesellschaftliche Vielfalt von Identität (religiös, ethnisch, sexuell) negiert und Unterdrückungsschemata reproduziert (Patriarchat, Rassismus, Kapitalismus).

Die Analyse benennt als Ursache für die verlorene Wahl, dass die Energie der Bewegungen zu stark in Wahlkämpfen oder Institutionen/Gremien/z.B. Ausschüsse der linken Regierungen gebunden gewesen sei. Zu wenig sei in die politische Basisarbeit gesteckt worden, das Frühwarnsystem für den sich ausbreitenden religiösen Fundamentalismus habe nicht funktioniert. Die öffentliche Meinung sei zunehmend von den Medien und den sozialen Netzwerken beeinflusst worden.

Selbstkritik und die Forderung nach neuen Paradigmen dürfe laut MST nicht zu viel Raum einnehmen, da der politische Gegner diese Schwäche sonst sofort auszunutzen wisse. In der Exekutive müsse man Schwächen eingestehen, es gelte nun die vielen verbliebenen Machtinseln emanzipatorischer Kräfte zu nutzen. Basisarbeit sei wieder wichtig, in Bezug auf Kommunikation über soziale Medien und ihre Risiken sieht der MST Nachholbedarf.

Die Opposition zu Bolsonaro rund um den MST verfolgt weiter den Klassenkampf. Der Widerstand richtet sich nicht nur gegen die Regierungsriege, sondern auch die Landkonzentration, den Imperialismus und den Kolonialismus. Die Analyse nimmt zur Kenntnis, dass der Sozialabbau, den Bolsonaro betreibt ohne große Proteststürme der Bevölkerung so gut wie über die Bühne gegangen ist. Der Glaube an Veränderungen durch Straßenprotest scheint in Brasilien derzeit abhandengekommen zu sein. Die Linke ist gespalten und Politiker der Mitte wie Ciro Gomes wirft man vor, eine Art Bolsonarismo ohne Bolsonaro zu verfolgen. Die herrschende Klasse habe bis 2014 geduldet, dass die Arbeiterpartei eine politische Alternative etablierte. Ab 2014 habe darüber keine Einhelligkeit mehr bestanden. Seither habe auch die Kriminalisierung und Stigmatisierung der Linken zum politischen Feind zugenommen. Eine beabsichtigte Spaltung der Gesellschaft wurde mit Hilfe der Massenmedien vorangetrieben. Die Produktionskosten waren gestiegen und Rechte und Einkommen für bis dahin Unterprivilegierte gestiegen bei gleichzeitiger Abnahme der Kapitalakkumulation reicher

⁵ https://mstbrasilien.de/wp-content/uploads/2020/01/CadernoConjuntura-2020_vers%C3%A3o-final-1.pdf

Einzelpersonen und Unternehmen. Die Folgen des Umbaus eines politischen Systems sind heute spürbar. Gezielt wurden Arbeitskosten gesenkt und Rechte abgebaut.

Schwerpunktthema:

Leuchtturm Chile - Politische Protestwelle in Lateinamerika mit Auswirkungen auf Brasilien?

Proteste in Ecuador und Bolivien im September 2019 machten den Anfang⁶. Sie wurden von brasilianischen Analysten noch als landesspezifische Ereignisse - ohne Relevanz für Brasilien - eingeordnet. Am 18. Oktober 2019 brachten Fahrpreiserhöhungen in Chile das Fass zum Überlaufen. Es ging jedoch um weit mehr als ein paar Cent für ÖPNV. Wochenlang belagerten protestierende Bürger*innen die Straßen und Plätze des Landes und forderten ihre Regierung unter Präsident Piñera auf, den neoliberalen Kurs zu beenden⁷. „Es geht nicht um 30 Pesos, es geht um 30 Jahre Ungerechtigkeit“, „Wir wollen soziale Gerechtigkeit und eine neue Verfassung.“ Bis zu diesem Zeitpunkt galt Chile als Musterland des Neoliberalismus und als politisch stabil. Die Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe, von Gemeingütern wie Wasser und die zunehmende Merkantilisierung von Sozialleistungen z.B. im Gesundheits- und Bildungswesen wurde als Öffnung des Landes für den Weltmarkt vollzogen. Diese Vorgehensweise vertieft die sozialen Gräben eines Klassensystems, in dem nur diejenigen medizinisch oder in Bezug auf Ausbildung gut versorgt sind, die es sich leisten können. Alle anderen müssen beispielsweise auf einen OP-Termin lange warten oder mit einer medizinischen Basisversorgung auskommen. 85 Prozent der Unis in Chile sind in privater Hand, ein Relikt aus der Diktaturzeit Pinochets. Chilenische Studierende müssen sich teilweise hoch verschulden, um einen Universitätsabschluss machen zu können.

Brasiliens Regierung wiederum fror im ersten Amtsjahr Bolsonaros 43 Prozent des Budgets für das Wissenschaftsministerium ein⁸, kappte 30 Prozent der Mittel für Bundesuniversitäten und setzte mehr als 80.000 Stipendien für junge Forscher*innen aus. Mit dieser Haltung verringert das Land eklatant sein Potenzial, im eigenen Land Wissen zu schaffen und in die eigene Zukunft zu investieren. Zukunftsfähigkeit und qualitativ hochwertige Bildung sind nur noch als Privileg zu haben.

Weltweit greifen diese Tendenzen des neoliberalen Modells um sich, wobei jedes Land seine eigene Vorgehensweise entwickelt – in allen Fällen findet dabei eine gesellschaftliche Entsolidarisierung statt, wenn Kosten und Verantwortung immer mehr weg vom Staat hin zur Einzelperson verschoben werden. Besonders hart wird dieser Kurs in Ländern wie Brasilien verfochten, wo das Austeritätsprinzip des Staates im Sozialbereich als Voraussetzung gilt, um eine lahme Wirtschaft anzukurbeln. Die Staatsausgaben werden über Konjunkturprogramme wie Pro-Infra (Brasilien) in andere Bereiche gelenkt, häufig als Investitionen in extraktivistische Wirtschaftspraktiken. Investoren anzulocken und durch die Ausbeutung und den Verkauf nationaler Ressourcen wieder mehr Gewinne zu machen, ist das Ziel. So erhielt beispielsweise das Agrarbusiness im letzten Jahr 194 Milliarden

⁶ <https://www.americasquarterly.org/content/why-latin-americas-protests-could-slow-brazils-economic-reforms>

⁷ <https://www1.wdr.de/mediathek/av/audio-nuevo-pacto-social-en-chile-100.html>

⁸ <https://www.die-gdi.de/die-aktuelle-kolumne/article/wissenschaft-muss-sich-wieder-ihren-kritikern-stellen/>

Reais (circa 45 Milliarden Euro). Für die Bürger*innen steigt in diesem System das Armutsrisiko als Folge von Arbeitsverlust, Krankheit oder Unfall.

Die politische Agenda des brasilianischen Wirtschaftsministers Guedes in Brasilien folgt bekanntermaßen diesem Kurs. Dieser hat unter Pinochet in Chile gearbeitet, seine Ausbildung in Chicago erhalten und galt bisher genauso wie viele ausländische Finanzinvestor*innen als großer Bewunderer Chiles. Brasilien wartet auf den Aufschwung. Nach Informationen der UNO prognostiziert die Weltbank Brasilien für 2020 ein Wirtschaftswachstum von 2%, was unter dem globalen Mittelwert von 2,5% liegen würde. Wie stabil und zuverlässig Brasilien von Investor*innen eingeschätzt wird, kann Einfluss auf diesen Wert haben. Guedes hielt die Ankündigung seiner umfassenden Privatisierungspläne hinter dem Berg, bis die Massenproteste in Chile kurz vor Weihnachten abgeflaut waren. Denn auch Brasilien hat 2013 die Erfahrung gemacht, dass aus politischer Fehleinschätzung sowie Frust und Unzufriedenheit der Bevölkerung über eine Kleinigkeit wie die Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr ein politischer Flächenbrand werden kann. Schon jetzt zögern Investor*innen, auf Guedes' Angebote einzugehen, weil Lateinamerika sich gerade als zunehmend instabil erweist.

Mit zeitlichem und geografischem Abstand - auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos - warb Brasilien für die Privatisierung oder Liquidierung von 100 Staatsbetrieben⁹. Flughäfen, Banken und Energieerzeuger sollen versteigert werden, darunter Bereiche der Staatsbank (Banco do Brasil), der Bundesbank (Caixa Econômica Federal), der Entwicklungsbank (Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social, BNDES) und des teilstaatlichen Erdölkonzerns Petrobras .

Chile galt zum Jahresende 2019 als Leuchtturm der Bewegung, - da die Bevölkerung sich anhaltend gegen die Übermacht des Neoliberalismus stemmte. So feierten brasilianische Bewegungen den Protest der Bevölkerung Chiles und freuen sich über den Zulauf des Alternativen Klimagipfels *Cúpula dos povos*¹⁰ parallel zum Klimagipfel in Madrid. Politische Aufmerksamkeit und die Forderung nach Mitentscheidungsmöglichkeiten wurden diskutiert. Durch die errungene Verfassungsneubestimmung kommt Chile eine Vorreiterrolle zu. Die Massenproteste haben die politische Neuaufgabe und damit womöglich die Abkehr vom der reinen Marktwirtschaft erkämpft. Die Situation wird z.B. von INESC als Wendepunkt für den lateinamerikanischen Kontext gewertet, sollte es gelingen, Natur- und Umweltrechte sowie die Rechte traditioneller Völker und Gemeinschaften wirksam anzuerkennen und in der Verfassung zu verankern. Das territoriale Konzept einer kollektiven Verantwortung wird hier als zukunftsweisende juristische Möglichkeit betont. Erprobt ist sie im Kontext von indigenen Völkern oder Quilombola-Gemeinschaften. Oder aber in traditionellen Gemeinschaften vor dem Hintergrund spezialisierter landwirtschaftlicher klima- und ressourcenschonender Praktiken. Konzepte wie Buen Vivir/Bem Viver, das die Natur zum juristischen Subjekt erklärt und damit Schadensersatzklagen möglich macht, waren ebenfalls Teil der Debatte.

Feministische Themen wie der Kampf gegen sexualisierte Gewalt waren ebenfalls Teil der Proteste. Die Performance *Un violador en tu camino*¹¹ des Kunstkollektivs Latesis vertonte den Text einer argentinischen feministischen Soziologin zu einem Sprechgesang, der mit Augenbinden und einer eindringlichen Choreographie von Millionen von Frauen auf den Plätzen des Landes vorgetragen

⁹ <https://brasil.elpais.com/economia/2020-01-05/doutrina-guedes-coloca-o-brasil-a-venda.html>

¹⁰ <https://www.inesc.org.br/pouco-divulgada-cupula-dos-povos-chilena-privilegiou-o-dialogo-com-o-contexto-politico-local/>

¹¹ <https://www.youtube.com/watch?v=tB1cWh27rml>

wurde. Der Abgesang an die Übermacht patriarchaler Kräfte ging wie ein Lauffeuer um die Welt, seine Wucht fand ein breites Echo. Der Text wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt und an Orten wie São Paulo, Paris, Berlin, Mexiko u.a. in die Öffentlichkeit getragen. Er wendet sich gegen die Ausbeutung von Frauen (Arbeitskraft, Sexualität und Reproduktion). Eine feministische Perspektive in die neue Verfassung zu integrieren, ist die Forderung der Straßenproteste.

Vertreter*innen sozialer Bewegungen in Brasilien sahen neidvoll nach Chile und wünschten sich einen vergleichbaren politischen Frühling für ihr Land. Allerdings wurden die politischen Entwicklungen und Proteste in Chile oder Kolumbien von der breiten Bevölkerung Brasiliens nur am Rande verfolgt. Eine zweite Massenprotestbewegung auf brasilianischem Boden wie 2013 wurde von politischen Beobachter*innen für unwahrscheinlich erklärt. Das erstaunt, wenn man sich vor Augen hält, dass Brasilien in den letzten Jahren in Bezug auf Ungleichheit laut GINI-Koeffizient¹² Chile, Argentinien und Uruguay überflügelt hat. Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und fehlende Wirtschaftskraft verunsichern die brasilianische Bevölkerung, da die Regierung Bolsonaro hier im ersten Amtsjahr keine Erfolge vorzuweisen hat. In den zurückliegenden Jahren sind die Ökonomien von Chile, Kolumbien und Bolivien an Brasilien vorbeigezogen. Laut El país sind 13,5 Millionen Menschen¹³ in Brasilien wieder unter die Armutsgrenze abgerutscht. Außerdem könnten die Reaktionen eines Polterers wie Bolsonaro, der als Befürworter des harten Durchgreifens gilt, Waffenzugang für alle propagiert und von Militärs umgeben ist auf lokale Protestherde eine explosive Wirkung haben.

Nach Analysen der Getulio Vargas Stiftung spricht eine Tatsache für eine anhaltende Destabilisierung der Region über Chile hinaus: Einige der Straßenproteste haben große politische Zugeständnisse oder gravierende Folgen gehabt, auch wenn unterschiedliche politische Absichten dahinter stehen: In Ecuador wurde die Rückkehr zu subventionierten Benzinpreisen erstritten (ähnlich wie in Frankreich). In Bolivien hat Präsident Morales fluchtartig das Land verlassen und in Mexiko Asyl erhalten. In Chile bot der Präsident den Rücktritt seiner Ministerriege an und willigte am Ende in die Aushandlung einer neuen Verfassung ein.

Bei allen zurückliegenden Protesten gab es keine Führungspersönlichkeit, mit der eine Regierung hätte Verhandlungen führen und Zugeständnisse heraushandeln können. Diese Erkenntnis müssen evtl. auch Lula und die Linke nach seiner Freilassung aus dem Gefängnis auf sich wirken lassen. In den Protesten der Straße finden sich Oppositionelle aber keine Führungsfiguren – eine Tatsache, die es demokratischen Systemen schwierig macht. Ist politischer Protest und Widerstand bei der Überwindung von Hierarchien angekommen? Der Podcast Fernostwärts¹⁴ berichtet beim Kongress des Chaos Computer Club über die Bewegung in Hongkong: Methoden der Schwarmintelligenz in Kombination mit den technischen Möglichkeiten mobiler Vernetzung. Digitaler Widerstand ist eine der Facetten der monatelangen Proteste in Hongkong. Über Open Source Technologie, Anonymisierung und Verschlüsselung kommunizieren große Massen. Sie teilen Informationen wie die Lokalisierung von Polizeieinheiten, Routenvorschläge per Smartphone, um der Polizei zu entgehen oder Meinungseinschätzungen durch schnelle Abstimmungsmechanismen.

¹² https://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI?end=2017&locations=CL-AR-UY-BR&most_recent_value_desc=false&source=post_page-----87d897906e15-----&start=1980

¹³ https://brasil.elpais.com/brasil/2019/11/06/politica/1573049315_913111.html

¹⁴ <https://media.ccc.de/v/36c3-119-fernostwrts-digitale-widerstandsstrategien-in-hongkong>

Allerdings birgt diese Entwicklung auch die Gefahr, dass linke Proteste ohne politische Basis, Gesichter und Agenda von der rechten Seite unterwandert und „übernommen“ werden, wie dies 2013 in Brasilien teilweise der Fall war. Dort wurde lange nach neuen Akteuren gesucht, die als Ansprechpartner*innen und Hoffnungsträger*innen für ein neues politisches Projekt in die Sprecherrolle hätten gehen können. Dass dies verweigert wird ist vielleicht ein Zeichen dafür, dass neue Strukturen¹⁵ - auch Mitsprache und Machtstrukturen gefragt sind – eine Beteiligung von vielen - ohne Privilegien oder Sonderrechte - wie sie die politische Klasse häufig für sich in Anspruch nimmt.

Zurück zu Chile: Öffentlicher und kostenloser Zugang zu Bildung und Gesundheit, ein gerechteres Rentensystem und Geschlechtergerechtigkeit sind u.a. Forderungen, die im Zuge der Proteste an die Regierung gestellt wurden. Piñera reagierte in einem ersten Schritt mit sozialpolitischen Zugeständnissen (Anhebung des Mindestlohns, Senkung der Strompreise etc.). Die überwiegend friedlichen Proteste hielten an – begleitet von radikalen Gruppen, die mit Gegengewalt auf den massiven Polizeieinsatz reagierten, durch Sachbeschädigungen z.B. an Metrostationen und Geschäften. Piñera hatte in einem zweiten Schritt für 10 Tage den Ausnahmezustand verhängt und eine Stärkung der Polizeikräfte durch die Militärpolizei verfügt, was die junge Bevölkerung – ohne die Diktaturerfahrung ihrer Eltern – nicht zu Hause hielt. Die Heinrich-Böll-Stiftung in Santiago de Chile fasst die Übergriffe wie folgt zusammen: Innerhalb eines Monats wurden mehr als 6.362 Personen verhaftet, mindestens 23 Personen starben bei den Unruhen, fast 2.400 Menschen wurden verletzt, mindestens 222 Demonstrant/innen wurden an den Augen verletzt bzw. verloren ihr Augenlicht gänzlich. Menschenrechtsorganisationen und Vertreter/innen der Ärztevereinigung und der medizinischen Fakultät der Universität von Chile sprachen von einer systematischen Verstümmelung, die der Einschüchterung der Demonstrierenden dienen sollte. Ferner kam es zu zahlreichen sexuellen Übergriffen aus Demonstrant/innen, Vergewaltigungen und anderen Formen der Folter.

Die Chilen*innen protestierten weiter und forderten einen Systemwechsel, um die Ursachen der immer weiter zunehmenden Ungleichheit auszumerzen. „Ein neuer Gesellschaftsvertrag muss her, zumal die Verfassung Chiles noch aus Zeiten der Diktatur unter Pinochet stammt.“ Die Vorgängerregierung Bachelet hatte einen Prozess zur Verfassungsänderung unbefriedigend verspielt, in dem die Arbeit von Bürgerkomitees am Ende zu dem Ergebnis zusammengefasst wurde, man bleibe nun doch bei der alten Verfassung. Mitte November kam es dann überraschend zu einem Abkommen, das den Weg zu einer neuen Verfassung frei macht. 85 % der Bevölkerung befürwortet dies¹⁶. Die Wahl über den Beteiligungsmodus der Bürger*innen an der Ausarbeitung derselben wird im April 2020 stattfinden. Noch gilt es, eine Reihe von Hindernissen (fehlende Repräsentation von Frauen, Minderheiten, Indigenen und jungen Menschen) zu überwinden, aber womöglich könnte Chile ein Vorbild für Lateinamerika werden, sollte ein gesamtgesellschaftlicher Prozess für eine sozial-ökologische Transformation gelingen.

Es herrscht nun Diskussionsbedarf, wie eine sozial-ökologische Transformation aussehen und welche Rolle der Staat darin spielen soll. So genannte *cabildos* (Basisversammlungen) wurden an vielen Orten z.B. von Umweltorganisationen ins Leben gerufen. Der Vorwurf, die Linke habe in ihren Umverteilungsprogrammen versäumt, Umweltschutz und Gerechtigkeitsfragen ausreichend

¹⁵ <https://www.americasquarterly.org/content/why-latin-americas-protests-could-slow-brazils-economic-reforms>

¹⁶ <https://www.boell.de/de/2019/11/21/der-kampf-um-eine-neue-verfassung-chile>

einzu beziehen gilt nicht nur in Chile, sondern auch in Brasilien. Die Regierungen Lula und Dilma haben pragmatisch innerhalb einer neoliberal ausgerichteten Wirtschaftsordnung agiert. Ihr sozial gemäßigter Politikstil hat über Transferprogramme Armut abgemildert und soziale Kriterien in ihr politisches Handeln integriert. Allerdings wurde versäumt, diese verfassungsrechtlich zu verankern. Eine Erkenntnis, die der linke Präsident Mexikos Obrador als Lehre mit in sein zweites Amtsjahr¹⁷ nimmt. Zum Jahresende 2019 hat der mexikanische Präsident eine Gesetzesinitiative auf den Weg gebracht, nach der die Sozialprogramme in der Verfassung verankert werden sollen. Der Arbeiterpartei in Brasilien war es in 14 Jahren nicht gelungen, ein nachhaltiges alternatives Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell zum ressourcenintensiven Extraktivismus-Modell zu generieren.

Aktivitäten und Kampagnen in Deutschland und Europa

Die **Stiftung Wissenschaft und Politik** in Berlin widmet ein Dossier¹⁸ der Frage nach der Relevanz des religiösen Wandels in Lateinamerika: Die Evangelikalen und die Politik in Brasilien. Längst ist diese Gruppe nicht nur auf Wachstumskurs, sondern in der Mitte der Machtzentren angekommen. Mit einem eigenen moralischen Wertekanon gestaltet sie Politik und Gesellschaft mit. So zum Beispiel die neue Kampagne von Familienministerin Alvez, die jungen Menschen rät, keinen Sex vor der Ehe zu haben. Der Einfluss der katholischen Kirche, die zu Teilen von der Befreiungstheologie geprägt und politisch progressiv agiert, geht seit den 70 er Jahren zurück. Brasilien ist inzwischen das größte pfingstkirchliche Land der Welt. Für eine demokratisch-pluralistische bedeutet dies ein Rückschritt. Die Pfingstkirchen und neuen frei-evangelikalen Strömungen sind nach US-amerikanischem Muster große Wirtschaftsunternehmen mit weitreichendem (Medien-) Einfluss. Sie haben sich erfolgreich ein Problemlösungs-Image zugelegt, das von allen sozialen Schichten anerkannt wird. Brasiliens Präsident Bolsonaro hat sich im Jordan taufen lassen und sich damit zu den Evangelikalen bekannt, deren gesellschaftliche Macht und Einfluss er zu nutzen weiß. Die politische Empfehlung der SWUP an Europa lautet, als christlich geprägte Länder solle Europa einende Werte betonen, um Politik mitgestalten zu können.

Brasiliens Landwirtschaftsministerin Tereza Cristina war als Eröffnungsdarstellerin zur Grünen Woche nach Berlin geladen. Im Vorfeld fanden Demonstrationen und Proteste¹⁹ u.a. vom **FDCL, Greenpeace und dem Foodfirst-Netzwerk** statt. Cristina wurde als Vertreterin der brasilianischen Agrarindustrie der Spitzname „Giftkönigin“²⁰ verliehen, da sie für immer mehr Agrargiften in der landwirtschaftlichen Produktion steht (503 Neuzulassungen im ersten Amtsjahr), darunter Substanzen, die in Europa nicht zugelassen sind. Das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat Ende November 2019 in bilateralen Regierungsverhandlungen dennoch 81,9 Millionen Euro Neuzusagen gemacht, davon 40,4 Millionen für Projekte des Agrarministeriums. 27.000 Menschen demonstrierten 2020 bei der "Wir haben es satt"-Demonstration für eine "Agrarwende" in Berlin. Sie setzen sich für eine tiergerechte, umwelt- und

¹⁷ <https://www.boell.de/de/2019/12/12/mexiko-unter-praesident-lopez-obrador-ein-zwischenstand-nach-dem-ersten-amtsjahr>

¹⁸ https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2019S26_zll_WEB.pdf

¹⁹ <https://amerika21.de/2020/01/236568/brasilien-schweiz-eu-export-pestizide>

²⁰ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/brasilianische-agrar-lobbyistin-und-hardlinerin-aus-der-rechtsextremen-regierung-bolsonaros-zu-gast-bei-der-gffa-in-berlin>

klimaverträgliche bäuerliche statt industrielle Landwirtschaft ein. Der Protest galt auch dem neuen Mercosur-Abkommen, das z.B. vorsieht, die Zölle auf europäische Pestizidexporte von 14 auf 0 Prozent zu senken. Gerechter Welthandel, globale Bauernrechte und konsequenter Regenwaldschutz sind die geforderte Alternative.

Die Anmeldung zur **KoBra-Frühjahrstagung „Zukunftsfähige Alternativen zum industriellen Agrarmodell vom 27.-29. März 2020 in Hamburg** ist eröffnet. Das weit verbreitete industrielle Agrarmodell hat sich als fatal erwiesen und wird zunehmend in Frage gestellt. Die negativen Auswirkungen wie Wasserknappheit, ausgelaugte Böden, Artensterben, Landraub, Treibhausgasemissionen sind offensichtlich. Diese Probleme gefährden die Existenz (klein-)bäuerlicher Erzeuger*innen und ihre natürlichen Lebensgrundlagen hierzulande und im globalen Süden. Ebenso gefährdet wird die Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme an die bereits spürbaren Folgen der Klimakrise.

Brasilien steht exemplarisch für die Dominanz dieses Agrarmodells, das auf der Expansion von Monokulturen (Soja, Mais Zuckerrohr), massiven Einsatz von Agrargiften, gentechnisch veränderten Pflanzen und Exportorientierung aufbaut. Der Agrarsektor ist für 71% der CO₂-Emissionen des Landes verantwortlich. Für die Ausweitung des Agrobusiness werden immer neue Flächen an Regenwald und Cerrado vernichtet. Das geplante EU-Mercosur-Handelsabkommen könnte dieser Entwicklung mit der weiteren Ankurbelung brasilianischer Agrarexporte durch Zollabbau weiter Vorschub leisten.

Ein bewährtes Alternativmodell ist das Konzept der Agrarökologie, das vielfältige Lösungen für eine grundlegende Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme anbietet. In Brasilien bestehen zahlreiche soziale Bewegungen und Initiativen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern mit langjähriger Erfahrung in der Umsetzung agrarökologischer Prinzipien. Unter der aktuellen Regierung von Jair Bolsonaro sind ihre Errungenschaften jedoch bedroht. Fördermittel wurden gestrichen, Konflikte um Land verschärfen sich, Aktivist*innen werden bedroht und ermordet.

Auf der Fachtagung geben Aktivist*innen ihre Erfahrungen zu Alternativen weiter und suchen den Austausch mit Unterstützer*innen. Mit welchen Schwierigkeiten und Herausforderungen haben Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Brasilien zu kämpfen? Wie können zukunftsfähige Alternativen aussehen? Welche Erfahrungen mit der Umsetzung von Agrarökologie wurden gemacht? Wie kann Agrarökologie in Brasilien und in Europa gestärkt werden?